
FDP Offenbach

STADT OFFENBACH SOLL SICH AM NETZWERK GEGEN HOMOPHOBIE BETEILIGEN

10.10.2013

FDP-Initiative im Stadtparlament einstimmig verabschiedet

Das Stadtparlament hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Initiative der Offenbacher FDP-Fraktion zur „Beteiligung am Netzwerk gegen Homophobie“ getragen. Der Magistrat prüft, ob und in welcher Form sich die Stadt Offenbach am Projekt „Out OF“ der Arbeiterwohlfahrt Offenbach-Land beteiligen kann. „Wir freuen uns sehr, dass unsere Initiative für Aufklärung und gegen Ausgrenzung einmütig von allen Fraktionen aufgenommen und unterstützt wird“, so der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dominik Schwagereit.

Das Projekt „Out OF“ soll präventiv gegen die oftmals verbreitete Homophobie bei Jugendlichen wirken. In Deutschland leben etwa 1,2 Millionen lesbische und schwule Jugendliche – oftmals werden sie auch hierzulande offen diskriminiert. So ergab eine Studie des Marktforschungsinstituts „iconkids & youth“, dass 61 % der befragten deutschen Jugendlichen gegenüber Schwulen und Lesben eine negative Einstellung haben. Das Suizidrisiko unter homosexuellen Jugendlichen ist noch immer viermal höher als unter heterosexuellen Jugendlichen. Seit vielen Jahren fordert auch der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) das Thema Homosexualität in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen. „Solange ´schwul´ noch das häufigste Schimpfwort auf Schulhöfen ist, müssen wir gerade mit Aufklärung in den Schulen ansetzen“, meint dazu Dominik Schwagereit.

Die Offenbacher FDP-Fraktion ist überzeugt vom Konzept und auch von der Projekt-Finanzierung: Zunächst soll in dem Projekt in einer Fragebogenaktion untersucht werden, wie die Thematik an weiterführenden Schulen behandelt wird. Dann soll herausgefunden werden, welche Anlaufstellen es bereits für betroffene Jugendliche im Kreis gibt. Und es

soll ein Netzwerk von Verbänden bis hin zu einer möglichen Anlauf- und Beratungsstelle geschaffen werden. Außerdem ist eine Veranstaltung für LehrerInnen, ErzieherInnen und SchulsozialarbeiterInnen geplant, die sie befähigt diskriminierendes Verhalten zu verhindern und zu moderieren. Das Ganze wird finanziert unter dem Dach des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ unter Schirmherrschaft des Kreisbeigeordneten Carsten Müller (SPD).

Neben Aufklärungsarbeit an Schulen können sich die Offenbacher Liberalen auch eine Kooperation mit Sportvereinen und der Polizei vorstellen. Gerade im Fußball sei Homophobie noch sehr stark verbreitet, meint Dominik Schwagereit. Zudem werden gerade in Großstädten heute Schwule und Lesben häufig Opfer von Übergriffen. Laut einer Umfrage des Berliner Anti-Gewalt-Projektes „Maneo“ verständigen allerdings nur 11,7 % der homosexuellen Opfer die Polizei. Wie in anderen Großstädten, könnten auch für Stadt und Kreis Offenbach spezielle „Ansprechpartner für Gewalt gegen Schwule und Lesben“ bei der Polizei helfen sich bei Übergriffen zu offenbaren.

Weitere Informationen:

www.out-of.co und www.vielfalt-im-kreis-offenbach.de